

# Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 35

PDF erstellt am: **26.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Forderungen der Landwirtschaft

-an- Die nieerlebte Sommerdürre dieses Jahres hat die Bauersame verschiedener Striche unseres Landes schwer getroffen. Man kann sagen, der *Grasschwund*, die Notwendigkeit, *wegen Futtermangel viel mehr Vieh schlachten zu müssen* als in normalen Zeiten, das *Angreifen der Heustöcke*, das nötig geworden, all das traf zusammen *mit den schon vorhandenen Teuerungserscheinungen*, welche die Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft schon wieder zuungunsten der Produzenten verändert hatten, kam gewissermassen noch obendrein. Demzufolge hat man, wenn von den Bauernforderungen die Rede ist, *zweierlei zu unterscheiden: Erstens die angemeldeten Preissteigerungen* für Milch und Milchprodukte, aber auch für andere Dinge. *Zweitens die Massnahmen, welche notwendig werden, um die Folgen der Dürre zu bekämpfen*. Es wäre gut, wenn alle beteiligten Parteien, Verbände und Behörden diese Unterscheidung strikte durchführen würden. Jene Leute, welche den Bauern nachreden, sie gebrauchten die Dürre nun einfach als Alibi, um von den Konsumenten alles herauszupressen, was ihnen beliebt, würden damit zum Schweigen gebracht. Umgekehrt dürften keinerlei falsche Vergleiche aufkommen zwischen den «sichern» und «überhöhten» Löhnen der Arbeiter, welchen man die so unsichern Einkommen der selbständig erwerbenden Landwirte gegenüberstellt. *Alles «gegenseinander Ausspielen» ist unsinnig; für den Binnenmarkt, der gesund bleiben muss*, wenn die Grundlagen unserer Volkswirtschaft erhalten werden sollen, brauchen wir eine kaufkräftige Arbeiterschaft genau so wie eine Bauernschaft, die dem Gewerbe Arbeit und Verdienst im notwendigen Umfange bringt, und wiederum alle andern Stände, die nicht «ausgepowert» werden dürfen. Wer begriffen hat, dass das Leid eines Standes sich stets auf alle andern Stände überträgt sowie ihr Gedeihen sich für alle andern zum Segen auswirkt — wir reden von allen Ständen mit «normalem Einkommen» — der weiss, dass es nur eines gibt: *Die gegenseitige Anpassung*. Man klage nicht zu sehr über die Preis-Lohn-Spirale, auch wenn die neuen Bauernforderungen auf der Arbeiterseite den zum Ausgleich notwendigen Gegenforderungen ruft. Eines Tages wird dieses «Leiterli uf, Seigel rechts, Seigel links», aufhören, und zwar dann, wenn von der Güterseite her wieder anstatt des Mangels Ueberschüsse und damit Preissenkungen eintreten.

Die *Viehschlachtungen bedeuten natürlich eine schwere Verzögerung in der Normalisierung unserer Versorgungslage*. Das ist klar. Dass im Bundesrat, in der Exportwirtschaft, bei den Gewerkschaften und Angestellten-Verbänden, bei den Altersversicherungen aller Schichten, bei den Rentenbezügern das Grauen vor einer weitem «*innern Entwertung des Schweizer Frankens*» aufkommt,

versteht sich. Man überlege: *Die sowieso nicht übersehbaren Welthandelsverhältnisse* können uns ebensogut überraschende Hilfe bringen, wie sie uns plötzlich vor nicht geahnte Hemmnungen stellen. Um so mehr gilt es, *den Binnenmarkt zu sichern*. Nehmen wir an, es komme ein guter Herbst nach: Wer weiss, es zeigen sich auch im Welthandel «grünere Momente» als die Pessimisten ahnen.

## Revolte gegen den Dollar

Unsere letzte Wochenbetrachtung war kaum in Druck gegeben, als sich schon erfüllte, was wir als *Versuch, «den Dollar zu umgehen»*, bezeichnet hatten. (Das kommt davon, dass man am Dienstag schreibt und am Samstag noch «aktuell» sein sollte). Aus dem «Umgehen» wurde eigentlich ein Revolieren. Aeusserlich sieht es zwar nicht so gefährlich aus. Die britische Regierung hat, wie bekannt gegeben wird, *«im Einverständnis mit den USA»* gehandelt. Bei näherem Zusehen wird man jedoch gewahr, dass den USA kaum etwas anderes übrig blieb, als beizustimmen. Was ist denn eigentlich geschehen?

London erklärte — zur allgemeinen Ueberraschung — dass *Pfundforderungen nicht mehr in Dollars umgewechselt würden*. Gleichzeitig erfuhr die britische Öffentlichkeit, dass dieses nichts anderes sei als das *Vorspiel für weitere Einschränkungen der Lebenshaltung auf der ganzen Linie*. Man müsste nun ein Volkswirtschaftler jener Art sein, die es scheint's nicht gibt, um alle Konsequenzen des britischen Entschlusses zu übersehen und sich sämtliche Folgen auszumalen, welche sich aus der neuen Lage ergeben. Bekanntlich schießt der «akademisch gebildete Nationalökonom», wenn er sich zu derlei Entscheidungen äussert, sehr oft neben das Ziel. Wir erinnern uns, wie in der grössten Schweizer Zeitung *anlässlich der Roosevelt'schen Dollarabwertung* zu lesen stand, der *Schweizer Export nach USA sei im Lebensnerv getroffen*. Wie könnte Amerika noch teure Schweizer Waren kaufen? Nur ein halbes Jahr später las man in der gleichen Zeitung, der *Schweizer Export nach USA habe um 71 Prozent zugenommen*. Die schuldige Erklärung aber lautet: Der dank Dollarabwertung wieder erwachte Warenhunger in USA bewirkte, dass man Schweizer Waren bezog, sie mochten nun kosten, was sie wollten!

Wie sieht die «Weigerung, Pfund in Dollars umzuwandeln», in der Praxis aus? Eine ganze Anzahl Länder hatten mit England Handelsverträge geschlossen, in welchen die Klausel stand, dass London Warenschulden, zum Beispiel solche an argentinische oder kanadische, aber auch schwedische und manche andere Lieferanten, die auf Pfund Sterling lauteten, in Dollars bezahlen müsse. Um diese Dollars zu bekommen, musste das bedürftige Land Dollars verdienen — oder

aber die nicht verdienten bei den USA pumpen. Die Gefahr, welche man nun in London läuft, besteht darin, dass die bisher liefernden Länder ihre Waren zurückhalten. Als Argentinien als erstes Land damit reagierte, dass es die Importe sperrte, wusste man, dass es auch die Exporte unterbinden werde. «Nur vorläufig natürlich». Denn konnte es nicht mehr Dollars verdienen, wollte Argentinien nicht riskieren, Importe zuzulassen, welche Dollars erforderten. In gleicher Lage befindet sich Schweden, und es reagiert zunächst auch gleich.

Um es mit einem Worte zu sagen: London hat einen Handelskrieg eröffnet, und es fragt sich, wie mancher der bisherigen Handelspartner zu überzeugen sein wird, dass «Pfund Sterling» so gut wie Dollars seien. Wichtig ist dabei, dass London für die seinerseits gelieferten Waren auch nicht Pfund oder Dollars, sondern schwedische Kronen, französische Francs oder was es sei, als Zahlung annimmt. Und hier nun wird es sich fragen, ob der britische Handel bei den Ländern mit «weicher Währung» nicht den Wettkampf mit Amerika aufzunehmen imstande ist. Alles hängt von der Exportfähigkeit seiner Industrie ab — von seiner Seite aus gesehen. Wenn sie gesteigert wird, wächst auch die Bereitschaft der verschiedenen, bisher «dollarsüchtigen» Handelspartner, nach England zu exportieren.

Will man wissen, was die Labour-Regierung durch ihre «Umwandlungs-Weigerung» bezweckt, dann genügt es, sich das Wort eines ihrer Minister zu merken: «Wir haben unsere Unabhängigkeit von den USA wieder gewonnen.» Vorläufig um den Preis jener Einschränkungen, die sich ergeben, wenn die Lieferanten des Auslandes streiken. Doch die Regierung nimmt an, dass kein Warenbesitzer auf die Dauer streiken könne, und dass die Belieferung des zahlungsfähigen Amerika ihre Grenzen habe, so dass sehr bald die ersten Willigen erscheinen müssen. Von den Dominions hat sich denn auch als erstes Australien gemeldet. «*Sendet uns Schiffe, wir werden sie mit Waren füllen!*» heisst es. Südafrika will dem Mutterlande 100 Millionen Pfund leihen.

Kreditverhandlungen mit USA und die Ruhrdiskussion zeigen von einer andern Seite, wie die Bemühungen Londons um die Wiedergewinnung der Selbstbestimmung spielen. Als erstes wird eine *prinzipielle Einigung, die Bedingungen des Milliardenabkommens zu lockern*, bekannt gegeben. Die wichtigste Lockerung besteht darin, dass England seine Warenbezüge künftig ziemlich frei aus allen beliebigen Weltgegenden herleiten kann, nicht mehr, wie es bis anhin war, zu einem wesentlichen Teil aus den USA. Noch hat man nichts darüber gehört, dass an den Privilegien Amerikas in den englischen Kolonien gerührt würde. Praktisch läuft jedoch die erste Lockerung schon auf die Möglich-

keit hinaus, den britischen Handel im Empire auf Kosten der USA auszudehnen. Und dies ist es, was London will. Die Ellbogenfreiheit hat es sich damit erkauft, dass es die *Dollarkredite bis auf die allerletzten hundert Millionen abschöpfte*, um die Dollarkonvertierungen zu verwirklichen... Und als nur noch hundert Millionen vorhanden waren, mussten seine Unterhändler mit Bedauern erklären, nun sei man am Ende und könne «nicht mehr wechseln».

Gibt es eine *Gegenrechnung der Amerikaner*? Es ist sehr wohl möglich, dass zwischen der «Kreditkonferenz» auf der einen und den Verhandlungen über die *Ruhrkohle* auf der andern Seite, welche ja parallel liefen, Zusammenhänge hergestellt wurden. Jedenfalls sind nun die Amerikaner in der Ruhr so etwas wie «Teilhaber» geworden in dem Sinne, dass *ein gemeinsam bestelltes Kohlenamt* eingesetzt werden soll. Was es zu verwalten, haben wird, mit welchem Mittel-Einsatz es rechnen kann, hängt von weitem Untersuchungen und Diskussionen ab. Es tagt in London ein *anderer Ausschuss*, in welchem auch Frankreich mitredet. In vorläufiger Form, um die sowohl gegen die Kohlenkonferenz als auch über das «Zusammensitzen in London» *protestierenden Russen* nicht noch mehr zu reizen, wird die *Hebung des deutschen Industriepotentials* beraten, wobei erstmals versucht wird, *Frankreichs Sicherheitsforderungen* mit dieser Hebung in Einklang zu bringen.

Die *Einnistung der Amerikaner im Ruhrgebiet* ist eine Naturnotwendigkeit geworden, seit sich die Engländer ausserstande erklären, mehr für ihre Besetzungszone zu tun als bisher, und Miene gemacht haben, Amerika die Verantwortung, auch die militärische, für ganz «Westelbien» zu überlassen. Die dabei verfolgte Politik ist ohne Zweifel klüger, als

die Kritiker behaupten, welche auch dieses Zurückweichen des Labourkabinetts zu seinen Niederlagen zählen. Die Solidarität beider angelsächsischer Mächte wird enger; die gemeinsam übernommene Verantwortung für die Schlüsselposition nicht nur der deutschen, sondern der ganzen westeuropäischen Industrie bindet sie so kräftig aneinander, dass die «Revolte Englands gegen den Dollar» zu keiner politischen Entfremdung führen kann, wie das vielleicht von den aufmerksam zuschauenden Russen gewünscht und gehofft wurde. Es ist ein Seilziehen zwischen zwei im übrigen solidarischen Partnern, nichts anderes, und das amerikanische Interesse verlangt geradezu die «Rüstigkeit» Englands, welches sich im übrigen einen *landwirtschaftlichen Vierjahresplan* zugelegt hat, um die bäuerliche Produktion auf jährlich hundert Millionen Pfund zu steigern — zweifellos nicht zum spätern Ergötzen der überseeischen Farmer-Konkurrenz. —

#### Und die Russen?

Sie treiben weiterhin internationale Obstruktion. Das *Veto gegen die Aufnahme Italiens in die «UNO»* war die Repressalie gegen die Weigerung der Angelsachsen, *Bul-*

*garien, Ungarn und Rumänien nebst Albanien* aufzunehmen. Das siebzehnte und achtzehnte russische Veto fiel jedenfalls im Sicherheitsrat, als der Fall Italien zur Debatte stand. Moskau wünscht keine weitem «Vereinten Nationen», in welchen die Kommunisten aus den Regierungen gestossen wurden. Wogegen die Westmächte keine wünschen, in denen die «Volksdemokraten» ausschliesslich regieren. Es geht um die Stimmenzahl an der Generalversammlung und um die künftige Besetzung der einzelnen Kommissionen. Russland würde mehr Stimmen auf sich vereinigen als bisher, und das passt Amerika nicht. Es ist darum auch die *Aufnahme der äussern Mongolei* hinterhalten worden. *Argentinien* leistet den USA Sekundantendienste mit dem Vorschlag, *Pakistan* als «Gründernation» aufzunehmen, da es ja als Bestandteil Indiens figurierte, welches den Bund begründen half. Wird hier auch ein russisches Veto fallen, um die «pro-amerikanischen» Stimmen am Wachstum zu hindern? Das für die mohammedanischen Staaten bekundete Interesse Moskaus scheint eine so weit gehende Negation verhindern zu müssen.

Der zweite Jahrestag des Abwurfes der berühmten Atombombe auf Hiroshima wurde von den Einwohnern dieser schwergeprüften japanischen Stadt mit einem dreitägigen Festival des Friedens gefeiert. In dem Areal, wo Tausende von Einwohnern bei der Explosion den Tod fanden, wurden eine ganze Reihe von «Erinnerungsbäumen» gepflanzt. Hier pflanzt der Bürgermeister von Hiroshima, Tetsu Terada, einen der Gedenkbäume.



Der Bandenkrieg in Griechenland hat einen derartigen Umfang angenommen, dass umfangreiche Massnahmen zur Sicherung des Eisenbahnverkehrs in den Unruhegebieten, hauptsächlich in Mazedonien, ergriffen werden mussten. In der Nacht verkehren keine Züge mehr. Da die Zugsbegleitung durch eine bewaffnete Wache nicht mehr genügt, wird jeder Zug in den gefährdeten Gebieten von einem auf einem offenen Güterwagen postierten Panzerwagen begleitet. Unser Bild wurde auf der Station Kilkis, an der Linie Saloniki-Alexandropoles in Zentralmazedonien, aufgenommen.

Die zweiseitig geübte Störung des universellen Wachstums in der UNO könnte einem lächerlich vorkommen, wenn man nicht wüsste, dass es sich nur um *eine* der Fronten handelt, auf welcher sich Ost und West diplomatisch und wirtschaftlich bekämpfen. Schwerer ins Gewicht fällt die *von Russland inspirierte Weigerung der Nachbarn Griechenlands, der «Balkan-Kommission» der UNO auf ihrem Gebiete Untersuchungen über die Tätigkeit der griechischen Guerillas zu gestatten*. Das kommt einem Eingeständnis gleich, und das erwartete amerikanische Weissbuch über die Vorgänge an der griechischen Nordgrenze erhält dadurch zum voraus grössere Bedeutung. «Die um Aufnahme suchenden Nationen bieten nicht die Gewähr, dass sie die Statuten der UNO einhalten werden», sagten die Engländer. Bestimmt tun sie das nicht, wenn sie einer Kommission der Vereinten Nationen den Einblick in das, was vielleicht hinter ihren Grenzen vorgeht, verwehren.